

Meine Tätigkeit im Veterinärwesen der DDR

Erinnerungen anlässlich des Tags der Deutschen Einheit

von Gerhard Rösler

Am 3. Oktober 2010 jährt sich zum 20. Mal der Tag der Deutschen Einheit. Sicher für uns alle ein Anlass, an die leidvollen Erfahrungen der deutschen Geschichte zu denken.

Die jahrzehntelange Trennung Deutschlands hatte auch gravierende Auswirkungen auf das Veterinärwesen, und so gehört deren Aufarbeitung unbedingt mit zur Geschichte der Veterinärmedizin in Deutschland. Die Kollegen Salomon, Seite, Kielstein und andere haben dazu schon hervorragende Beiträge geleistet. Sehr richtig die Feststellung des Kollegen Salomon, dass „nur aus einer großen Anzahl individueller biografischer Notizen ein zutreffendes Bild des Alltags einer Epoche entstehen kann“. Es ist erfreulich, dass das Deutsche Tierärzteblatt dafür Raum bietet.

Meine Frau und ich haben 40 Jahre in der DDR gelebt. 1987 stellten wir den Ausreiseantrag in die BRD und konnten im März 1989 mit unserer jüngsten Tochter übersiedeln. Die zahlreichen Verbalinjurien, die wir – wie alle Ausreise-Antragsteller – uns bei den politi-

schen Auseinandersetzungen auf der Abteilung Inneres beim Rat des Kreises in der DDR gefallen lassen mussten, waren unbeschreiblich. Zudem wurde meine Frau als Lehrerin nach Antragstellung vom Kreisschulrat sofort fristlos entlassen, ein eklatanter Verstoß gegen die Akte von Helsinki.

Von 1953 bis 1958 studierte ich Veterinärmedizin an der Karl-Marx-Universität in Leipzig. Im 1. Semester wurden wir in Seminargruppen eingeteilt, in der wir am Unterricht zur Erlernung der russischen Sprache und am parteipolitischen Unterricht, den ein Lektor der SED hielt, teilnehmen mussten. Entsprechend wurden auch in den Fächern Russisch und „Gesellschaftswissenschaften“ Prüfungen abgelegt.

Ab dem 3. Studienjahr wurden die Mitglieder der FDJ (Freie Deutsche Jugend) in den Seminargruppen gezwungen, über jeden Studierenden jährlich eine Beurteilung über dessen „gesellschaftspolitische Betätigungen“ zu schreiben. Die SED bediente sich also einer überparteilichen Organisation, um Einfluss auf die Studentenschaft auszuüben.

Ab 1956/57 wurde im Rahmen der GST (Gesellschaft für Sport und Technik) die Stu-



dentenschaft in die militärische Ausbildung einbezogen – natürlich auf Anordnung der SED. Die Einweisung in den Gebrauch von Handfeuerwaffen war geplant. Aber mit dieser Militarisation des zivilen Lebens waren Teile der Studentenschaft nicht einverstanden. In unserem Semester kam es zu heftigen politischen Auseinandersetzungen. In einer Semesterversammlung ergriff ich kritisch das Wort, dabei wurde auch über „Westreisen“ der Studierenden gestritten. In der Universitätszeitung der Karl-Marx-Universität vom 3. April 1958 erschien ein Artikel mit der Überschrift: „Die Heuchler entlarven sich selbst – Aufschlussreiche Reaktionen im 5. Studienjahr der Veterinärmediziner.“ Darin war zu lesen, „dass der Freund Rösler überhaupt nicht damit einverstanden sei, wie bei uns über die Westreisen entschieden werde. Er behauptet, dass damit die Verständigung der Deutschen hintertrieben werde. Ihm sollte klar gemacht werden, in welchem Ausmaß die Feinde der Verständigung Westreisen unserer Studenten für ihre Zwecke nutzten. Man sollte Kommilitonen fragen, ob sie es mit ihrer Ehre vereinbaren können, das Land der Atomkriegstreiber Strauß, Jäger und Konsorten zu betreten“. In ähnlicher Weise wurden auch andere Studenten wegen ihrer kritischen Diskussionen in der Universitätszeitung gemäßregelt. Es war nicht zu fassen, wie Politiker der BRD als monströse Kriegstreiber hingestellt wurden. Mich ärgerten diese Hetztiraden maßlos.

Aber nicht nur wir Parteilose wurden von der SED-Fakultätsleitung scharf angegriffen. Es gab auch einige SED-Genossen in unserem Semester, die kritische Worte zur politischen Richtung ihrer Partei fanden. Und nun begann der Kampf auch gegen sogenannte opportunistische Auffassungen innerhalb der Parteigruppe. Drei Genossen der SED unseres Semesters wurden scharf kritisiert, weil sie durch ihre Form- und Fehlerdiskussion und ihr inaktives Verhalten die Kampfkraft der Parteigruppe stark schwächten und ihre Einheit in Frage stellten. Infolge trotzkistischer und opportunistischer Abweichungen erhielten die Genossen Parteistrafen und wurden so wieder auf „Linie“ gebracht.

Berufsziel „Staatspraktiker“

Im Sommer 1959 übernahm ich eine Staatliche Tierarztpraxis in Thüringen. Man war „Staatspraktiker“ und jede Praxis umfasste etwa 3800 bis 4500 Großvieheinheiten (GVE). Nach der



Solche gut bewachten Grenzstreifen prägten viele Jahre das Gesicht des geteilten Deutschlands.

Foto: wikipedia/Andreas Präfcke



Der Grenzstreifen in Mödlareuth 1949: Zu dieser Zeit war ein Gespräch über die Grenze hinweg noch möglich.

Foto: wikipedia/
Deutsches Bundesarchiv

Anzahl der zu betreuenden GVE richtete sich auch das Gehalt. Die Anzahl der Berufsjahre spielte dabei ebenfalls eine Rolle. Neben dem Festgehalt gab es Zuschläge für den Nacht- und Sonntagsdienst. Privatpraxen wurden seit 1958 nicht mehr zugelassen. Die Veterinärmedizin war somit in die Kollektivierung der Landwirtschaft mit einbezogen. Eine Herausforderung für uns Tierärzte gab es 1958/59 mit dem von der SED-Staatsführung angeordneten Bau der Offenställe. Der Grundgedanke der naturverbundenen Aufzucht war richtig, aber es hätten konkretere Anforderungen an den Bautyp und den Standort gestellt werden müssen. Und für eine Milchvieh-Anbindehaltung war der Offenstall völlig ungeeignet. Wissenschaftler, die sich mit einer zurückhaltenden Kritik an den Offenställen zu Wort meldeten, wie Prof. Dr. Hussel von der Veterinärmedizinischen Fakultät Leipzig, wurden in der von der SED gesteuerten Presse scharf kritisiert, und er verlor offensichtlich deshalb – obwohl selbst Mitglied der SED – seine Funktion als Stellvertretender Minister für Land- und Forstwirtschaft der DDR.

Nun hatte eine LPG (Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft) meines Praxisgebietes tatsächlich einen Offenstall für Milchvieh-Anbindehaltung gebaut und noch dazu auf einer zugigen Anhöhe. Beim Wintereinbruch wurde ich zum Offenstall gerufen und traute meinen Augen kaum: Einige Kühe waren an der Einstreu festgefroren und konnten nicht mehr aufstehen. Tierpfleger versuchten verzweifelt, mit heißem Wasser und Tüchern die Kühe „loszueisen“. Es war ein Desaster!

Grenzerfahrungen in Grenznähe

Der Mauerbau und die Stacheldrahtgrenze im August 1961 sorgten in meinem Praxisbereich für geradezu lebensgefährliche Situationen. Im Nacht- und Sonntagsbereitschaftsdienst musste ich in Dörfer der 5-km- und 500-m-Grenzzone fahren und er-

hielt dafür von der Volkspolizei einen entsprechenden Ausweis. Von meiner vorgesetzten Dienststelle – dem Rat des Kreises – bekam ich aber keine Anweisungen oder Aufklärungen über das Verhalten in der Grenzzone. Als ich im Herbst 1961 zu einem dringenden Fall in ein Dorf der 500-m-Zone gerufen wurde, benutzte ich einen Feldweg, um die Strecke abzukürzen und wurde plötzlich von zwei Kradschützen der Grenztruppen gestoppt. Im Kommandoton wurde mir erklärt, dass ich es versäumt hätte, mich vor dem Einfahren in die 500-m-Zone bei der Stabsstelle der Grenztruppen zu melden. Man hatte an einen versuchten Grenzdurchbruch über den Feldweg geglaubt und erwogen, das Feuer auf meinen Praxiswagen zu eröffnen. Beim Lesen dieser Zeilen wird man vielleicht an Wildwest-Lektüre erinnert, aber das war DDR-Grenzalltag.

Ein weiteres schockierendes, deutsch-deutsches Erlebnis folgte kurz danach: Ich wurde zu einem Landwirt in das seit dem Mauerfall recht bekannte Dorf Mödlareuth in der 500-m-Zone gerufen. Während ich die kranke Kuh behandelte, ging meine Frau mit unserer damals einjährigen Tochter, die mich auf der Praxisfahrt begleitete, auf der Dorfstraße dicht am Grenzzaun spazieren, der mitten durch das Dorf führte. Von der westlichen Seite des Zaunes grüßten Passanten und wechselten einige unverbindliche Worte mit meiner Frau. Als ich auf die Dorfstraße zurückkehrte, stoppten vor meiner Frau und mir zwei Kradschützen der Grenztruppen und entscherten die Maschinenpistolen. Eskortiert wurden wir zu einer Stabsstelle gebracht und mussten uns unverschämte Beleidigungen darüber anhören, wie wir es wagen könnten, mit dem „Klassenfeind“ zu sprechen. Irgendein Informant hatte guten Spitzeldienst geleistet und die Grenztruppen informiert. Nach diesem Vorfall wurde vom Vorsitzenden des Rates des Kreises im Beisein des Kreistierarztes ein politischer Verweis gegen mich verhängt und in meine Personalakte eingetragen. In einer erregten Diskussion sagte ich unter anderem dem Vorsitzenden, dass es schon sehr traurig sei, dass Deutsche zu Deutschen nicht mehr „Guten Tag“ sagen dürften. Noch heute sind wir erschüttert darüber, dass DDR-Soldaten vor einer Mutter mit Kind auf dem Arm die Maschinenpistolen entscherten. Das Fazit dieser bedauerlichen Erlebnisse: Die DDR war ein Unrechtsstaat!

Im Jahre 1962 übernahm ich eine Staatliche Tierarztpraxis in Sachsen und wurde später Leiter einer Tierärzt-



Foto: wikipedia/Mödlareuth



Das meist unüberwindbare „Niemandsland“ an der innerdeutschen Grenze.

Foto: wikipedia/Heinz-Josef Lücking

lichen Gemeinschaftspraxis (STGP). Außerdem war ich viele Jahre stellvertretender Kreistierarzt. Die Bildung der STGP in den 1970er Jahren erfolgte auf Weisung der Staatsführung. Die Kolleginnen und Kollegen konnten dadurch besser im Sinne des Sozialismus politisch „erzogen“ werden. Es sollten ja Tierärztinnen und Tierärzte „sozialistischen Typus“ entstehen, die auch die Landwirte entsprechend beeinflussen konnten. Nach SED-Meinung müssten Tierärzte nämlich nicht nur ein hohes fachliches Wissen und Können haben, sondern auch politisch klar denkende und handelnde Menschen sein. Sie sollten mit Wort und Tat den Aufbau des Sozialismus unterstützen. Sie sollten sich als Kämpfer für die sozialistische Umgestaltung der Landwirtschaft verstehen. Sie sollten den Landwirten den Weg zur sozialistischen Großproduktion zeigen. Tierärzte sozialistischen Typs müssten entstehen (so stand es zumindest in der Leipziger Volkszeitung vom 30. April 1958 geschrieben).

In der Zentralstelle, dem gemeinsamen Büro für alle Tierärzte der STGP, saß eine Sekretärin, die die Anrufe für alle Praxen entgegennahm und bürotechnische Aufgaben erledigte. Meist wurden auch die Arzneimittelbestellungen für die gesamte STGP dort vom zentralen Versorgungskontor per LKW angeliefert. Aufgabe des Leiters war es, neben seiner Praxistätigkeit, für alle Kolleginnen und Kollegen die Einteilung für den Sonntags- und Nachtdienst vorzunehmen. Außerdem hatte er für sie Kurativ- und Prophylaxepläne zu erstellen und den Bedarf für die gesamte Arzneimittelversorgung, die Impfstoffe, die Ausrüstung an Instrumenten, Verbandmaterial und Autoreifen, ein Jahr im Voraus zu planen. Eine wahrhaft komplizierte Aufgabe, aber für die DDR-Planwirtschaft unabdingbar. Neben dem Prophylaxe- und Kurativplan mussten alle noch einen persönlichen Plan im Rahmen des „Sozialistischen Wettbewerbs“ aufstellen. Ziel

war es, die Tierproduktion zu steigern und vor allem die Tierverluste zu senken, ein zentrales Thema im Veterinärwesen, dem seitens der Staatsführung große Bedeutung beigemessen wurde. Die sogenannte „leistungsabhängige Zusatzvergütung“ für die Mitarbeiter des Veterinärwesens war überwiegend an die Tierverluste gebunden. In dieser Hinsicht waren Tierärztinnen, Tierärzte, Veterinäringenieurinnen und Veterinäringenieure die Prügelknaben, denn wir hatten gegenüber den LPG und VEG (Volkseigene Güter) keinerlei Rechte und keine Möglichkeit, schlechte Stallverhältnisse, unzureichende Fütterung oder nachlässige Betreuung der Tiere zu verändern, um damit verbundene Tierverluste zu senken.

Die Gründung der STGP wurde aber nach meiner Meinung auch aus einem anderen Grund erforderlich: Wenn man eine Staatliche Tierarztpraxis übernahm, war es ein ungeschriebenes Gesetz, dass der Ehepartner den Telefondienst rund um die Uhr übernahm, den Praxisraum heizte und reinigte, Arzneimittel an Landwirte abgab und bei der Behandlung von Haus- und Heimtieren assistierte. Vom Rat des Kreises bekamen diese Ehepartner einen Vertrag als „Veterinärmedizinische Hilfskraft“ und erhielten dafür im Monat eine Bezahlung von 123 Mark abzüglich Steuern. Eine skandalöse Unterbezahlung! Die Ehepartner der jüngeren Kollegen, die in Arbeitsverhältnissen standen, waren nicht mehr bereit, für diesen Hungerlohn ihren Beruf aufzugeben. Deshalb musste eine Zentralstelle mit Sekretärin geschaffen werden, die die Telefonate aus den Praxen entgegennahm.

Meine „politische Karriere“

Im Jahre 1963 wurde ich von den Tierärzten der Kreise B. und K. zum Vorsitzenden der Kreisgewerkschaftsgruppe gewählt. Fast alle Berufstätigen der DDR waren Mitglied im FDGB (Freier Deutscher Gewerkschaftsbund), wie-

wohl fast alle Jugendlichen Mitglied in der FDJ waren. Mit dieser Mitgliedschaft war überwiegend keine Identifikation des Einzelnen mit der Politik der SED verbunden.

Die Vorsitzenden der Kreisgewerkschaftsgruppen wurden etwa vierteljährlich zu einer Sitzung der Bezirksgewerkschaftsgruppe einberufen. Relevante Probleme, die uns Praktikern auf den Nägeln brannten, wie die zum Teil ungenügende Versorgung mit Arzneimitteln und die völlig unzureichende Belieferung mit PKW für die Praxis, wurden total ignoriert. Die Praxis-PKW der Mitarbeiter des Veterinärwesens waren teils in einem desaströsen Zustand. Autowerkstätten lehnten manchmal Reparaturen an betriebswichtigen Aggregaten der Fahrzeuge ab, weil die tragenden Teile durchgerostet waren. Trotzdem sind wir mit solchen nicht mehr verkehrssicheren Autos auf Praxis gefahren. Einen TÜV gab es in der DDR nicht.

Den politischen Höhepunkt der Einflussnahme auf die Mitarbeiter des Veterinärwesens bildeten die jährlich durchgeführten, einwöchigen „Führungskaderlehrgänge“. Kreistierärzte, ihre Stellvertreter, Abteilungsleiter des Bezirksinstituts für Veterinärwesen und der Veterinär-Hygieneinspektion mussten daran teilnehmen. Als stellvertretender Kreistierarzt und Vorsitzender der Kreisgewerkschaftsgruppe war ich mit dabei. Kreistierärzte und Leiter von veterinärmedizinischen Einrichtungen mussten in Referaten darüber berichten, wie sie die Beschlüsse der SED zur Erfüllung der Planvorgaben in der Landwirtschaft umsetzen. Bei ungenügender Planerfüllung war Selbstkritik gefordert. Mehr als peinlich wirkte es, wenn Tierärzte in eine zerstörerische Selbstkritik verfielen, ihre unwandelbare Treue zur SED bekundeten und sich für ihre politische Erziehung durch die Partei bedankten. Kritik in irgendeiner Form an den Beschlüssen der Partei war von vornherein ausgeschlossen, und es wagte auch kaum jemand. Andernfalls musste man mit Zurechtweisung oder gar mit Repressalien rechnen. Ich habe das selbst erfahren. Fachliche Themen kamen nur am Rande zur Sprache. Anfang der 1980er Jahre wurde im Rahmen dieser Führungskaderlehrgänge von der Staatsführung die Forderung gestellt, die Enzootische Rinderleukose innerhalb von zwei Jahren zu tilgen. Über solche irrealen Zielsetzungen konnten wir Praktiker nur den Kopf schütteln.

Trotz dieser geschilderten Misshelligkeiten und der „ständigen Verwaltung des Mangels“ ist es uns allen im Veterinärwesen der DDR gelungen, eine gute fachliche Arbeit zu leisten. Mit diesen „individuellen biografischen Notizen“ hoffe ich, einen kleinen Einblick in und eine Erinnerung an das Veterinärwesen der DDR gegeben zu haben.

Dr. Gerhard Rösler

Anschrift des Verfassers: Dr. Gerhard Rösler, Schumacherstraße 1, 76275 Ettlingen